

5200 deutsche Plätze

EU-Granulatverbot auf Kunstrasen verursacht Kosten

Das Granulat auf Kunstrasenplätzen ist ein Umweltproblem und darf vom Jahr 2031 an nicht mehr eingesetzt werden. Die Umrüstung wird teuer. Nun werden Finanzhilfen für Kommunen und Vereine gefordert.



© dpa

Von 2031 an darf es in der EU auf Kunstrasenplätzen kein Granulat mehr geben.

Der umweltgerechte Umbau der rund 5200 deutschen Kunstrasensportplätze wird teuer. „Es ist von Mehrkosten in Höhe von mindestens einer Milliarde Euro auszugehen“, sagte Bernd Düsterdiek, vom Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB), der Deutschen Presse-Agentur. Düsterdiek fordert Finanzhilfen von Bund und Ländern für die Kommunen und auch die Vereine nach dem EU-Verbot von Granulat auf Kunstrasenplätzen vom Jahr 2031 an: „Mit Blick auf die anstehenden Umrüstungen bzw. den Austausch von Spielflächen ist das erforderlich.“

Da die mittlere Nutzungsdauer von Kunstrasenplätzen 12 bis 15 Jahren betrage, wäre eine längere und praxisgerechtere Übergangsfrist bis mindestens 2035 wünschenswert gewesen, sagte der Beigeordnete für Städtebau und Umwelt beim DStGB. Es sei „zwingend erforderlich“, dass das Angebot an öffentlichen Sportstätten ohne Einschränkungen aufrechterhalten bleibe, um ein umfassendes Sportangebot bereitzustellen und damit zu einer gesunden Gesellschaft beizutragen.

Alternative Befüllungsmaterialien

„In Deutschland besteht derzeit schon ein großer Substanzverlust der öffentlichen Infrastruktur, der sich auch auf den Bereich der Sportstätten erstreckt. Der Sport kann seiner gesellschaftspolitischen Bedeutung, zu der auch Fragen der Integration, der Kinder- und

Jugendarbeit sowie der Bildungspolitik gehören, nur gerecht werden, wenn ausreichend Sportstätten zur Verfügung stehen.“

Am Montag hatte die EU-Kommission beschlossen, den Verkauf von Mikroplastik in verschiedensten Bereichen schrittweise zu verbieten. Mit dem Begriff Mikroplastik werden schwer abbaubare, synthetische Polymere mit Größe von weniger als fünf Millimetern bezeichnet. Die Partikel reichern sich in Tieren, einschließlich Fischen und Schalentieren, an und können daher auch in Lebensmittel gelangen.

„Städte und Gemeinden sind sich der Herausforderung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik sehr bewusst. Daher ist es richtig, Maßnahmen zur weiteren Vermeidung von Plastikmüll und Mikroplastik auf den Weg zu bringen. Allerdings müssen die getroffenen Maßnahmen auch verhältnismäßig sein und dürfen Städte und Gemeinden, aber auch Vereine, nicht über Gebühr belasten“, sagte Düsterdieck. Die meisten neuen Kunstrasenplätze werden bereits mit alternativen Befüllungsmaterialien gebaut.

Quelle: dpa